

Gute Arbeit – Gutes Leben

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

2. aktualisierte Auflage, Mai 2009

Das Manifest

Wir wollen »Gute Arbeit«

Auf die Frage »Was ist gute Arbeit?« antworten die meisten Menschen: Die Arbeit muss sicher sein. Sie muss anständig bezahlt sein. Ich möchte mitentscheiden können, was ich mache und wie ich meine Arbeit mache. Meine Arbeit soll mich nicht krank machen, und ich möchte so arbeiten, dass ich Beruf, Freunde und Familie gut vereinbaren kann. Dann ist die Arbeit gut!

Arbeit heute: Unsicher, schlecht bezahlt und stressig

Immer weniger Menschen haben eine »gute Arbeit«: Millionen haben gar keine Arbeit oder sie arbeiten zu Hungerlöhnen. Millionen Menschen, vor allem Frauen, arbeiten in unsicheren »Jobs«. Millionen Menschen arbeiten sich kaputt durch Überstunden und Druck und Hetze. Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, Teilzeitjobs, Scheinselbstständigkeit und Minijobs sind nicht etwa »flexible« Formen von Beschäftigung. Sie sind Angriffe auf die Standards guter Arbeit. Sie sind ein Angriff auf und gegen die Beschäftigten. Denn viele Unternehmen verdrängen mit diesen schlechten Arbeitsplätzen tariflich entlohnte und unbefristete Arbeitsplätze und üben so Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aus.

Gerade auch in der Wirtschaftskrise haben Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen das Nachsehen: Leihbeschäftigte werden von einem Tag auf den anderen auf die Straße gesetzt, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert, Scheinselbständige stehen ohne Aufträge da und so weiter. Hunderttausende Menschen sind davon betroffen.

Arbeit ist schlecht, wenn

- der Lohn nicht zum Leben reicht,
- die Mitbestimmungsrechte eingeschränkt sind,
- die gesellschaftliche Anerkennung gering ist,
- die Arbeitszeiten zu lang sind,
- der Schutz durch die Sozialversicherungen (Arbeitslosengeld, Rente) eingeschränkt ist und
- der Schutz durch das Arbeitsrecht (Kündigungsschutz) reduziert ist.

Muss das so sein?

Wirtschaftsbosse, selbsternannte Sachverständige, Regierungspolitiker, sie alle behaupten, die »Globalisierung« lasse keinen anderen Weg. Die internationale Konkurrenz, die Macht der Finanzmärkte, die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft, all das zwingt uns, auf sichere Arbeitsplätze zu verzichten, bei Lohn, Rente und Arbeitslosengeld Abstriche zu machen, jede auch noch so schlechte Arbeit anzunehmen, Überstunden ohne Ende zu leisten und ständig den Wohnort zu wechseln, wenn der Arbeitsmarkt es verlangt. Mit einem Wort: Es gebe keine Alternative. Sagen sie. Das ist falsch! Mit dem Verweis auf vermeintliche »Sachzwänge« vertuschen die Unternehmer, dass sie mit schlechten Arbeitsplätzen besonders hohe Profite einfahren.

Es gibt Alternativen! Ein Zurück in alte, vermeintlich bessere Zeiten ist nicht möglich, aber möglich ist, die Gegenwart sozial und solidarisch zu gestalten. Seit Jahren werden diese Möglichkeiten von der großen Koalition aus SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP nicht genutzt. Diese Parteien haben längst das Ziel aufgegeben, eine lebenswerte, menschliche Gesellschaft zu gestalten. Ihnen sind die Profite der Unternehmen wichtiger. Ihre Politik richtet sich gegen die Menschen. Sie ist menschenfeindlich. Das zeigt sich auch in der Krise. Die schwarz-rote Bundesregierung verschiebt Milliarden Euro an Steuergeldern an marode Banken und senkt die Steuern vor allem für Besserverdienende.

Für den großen Teil der Menschen tut sie nichts. Den Beschäftigten wird verwehrt, über die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und Einkommen mitzuzentscheiden. Den Arbeitslosen verweigert die Regierung die Erhaltung ihres Lebensstandards, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II wird nicht einmal das Nötigste zum Leben zugestanden. Auch unterlässt die Regierung alles, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es gibt keine Zukunftsinitiative zur Überwindung der Krise.

DIE LINKE: »Gute Arbeit« für das 21. Jahrhundert – Menschen vor Profite!

DIE LINKE will eine Gesellschaft, die durch Solidarität geprägt ist anstatt durch Konkurrenz. Die Wirtschaft muss für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Das gilt besonders für die Arbeitswelt. Arbeit muss nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden und nicht danach, was den meisten Profit bringt. Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen ist Lohnarbeit, ist Arbeit im Dienst des Kapitals. Sie folgt dem Interesse der Unternehmen am Profit und damit nicht den Interessen der arbeitenden Menschen. Die Menschen entscheiden nicht selbst, was sie herstellen und auf welche Weise sie das tun. Und die Ergebnisse ihrer Arbeit gehören ihnen nicht. Diese Fremdbestimmung lässt sich nur aufheben, wenn der Kapitalismus überwunden wird. Aber auch innerhalb kapitalistischer Gesellschaften ist es möglich, die Lohnarbeit so zu gestalten, dass die Interessen der Menschen zumindest teilweise berücksichtigt werden. Dies geschieht nicht von selbst, sondern muss von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften erkämpft werden. Auf diese Weise wird der repressive Charakter der Lohnarbeit zurück gedrängt und ihre zivilisatorische Komponente gestärkt: die Fähigkeit zur Kooperation und zur Konfliktlösung wird befördert und der Gemeinschaftssinn entwickelt. Die Mitbestimmung darüber, wie und zu welchem Zweck gearbeitet werden soll, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit der Arbeit mit Familie, Freunden und gesellschaftlicher Beteiligung.

Das Manifest »Gute Arbeit – Gutes Leben« ist eine Selbstverpflichtung DER LINKEN und zugleich ein Angebot zur Zusammenarbeit an Gewerkschaften, Sozialverbände, Initiativen und andere, die die Erwerbsarbeit im Interesse der Beschäftigten gestalten wollen. Diesen Anspruch haben alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien aufgegeben.

Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen haben SPD und die Grünen unter Zustimmung von CDU/CSU und FDP der Ausweitung schlechter Arbeit den Weg geebnet. Es ist die Aufgabe DER LINKEN, dieser zerstörerischen Politik entgegenzutreten. Unser Ziel ist die soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft: Im Mittelpunkt steht, jeder und jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an deren Gestaltung zu geben. Dies ist Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten – im Sportverein, in der Bürgerinitiative, in der Umweltschutzorganisation. Und es ist eine Voraussetzung für die Entwicklung anderer Arbeitsformen, die über die Arbeit als Lohnarbeit hinausweisen – etwa in der Genossenschaft, der Selbsthilfeinitiative, der freien Schule. Die Zivilisierung der Erwerbsarbeit ist notwendig für ein besseres Leben in der Gegenwart und sie ist notwendig für alternative Formen der Arbeit in der Zukunft.

»Gute Arbeit« – gerade jetzt!

»Gute Arbeit« ist kein Schönwetterprogramm. Gerade in der Krise kann »Gute Arbeit« helfen, Beschäftigung zu sichern und neue Arbeit zu schaffen.

Die unbefristete Beschäftigung hindert die Unternehmen an einer Politik des Heuern und Feuern, wie sie etwa bei Leiharbeitskräften üblich ist. Zudem werden die Unternehmen angehalten, sozial verträgliche Alternativen zu entwickeln, etwa wenn Auftragsschwankungen bewältigt werden müssen: Arbeitszeitkonten, Weiterbildung und Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Unternehmens sind einige davon.

Die unbefristete Beschäftigung ist zugleich eine wichtige Voraussetzung von Innovation, da sie die Qualifikation der MitarbeiterInnen und deren Motivation stützt. Gerade bei der Überwindung der Krise spielt die Förderung von Innovation eine wichtige Rolle. Denn Innovation bedeutet auch Umsteuern auf neue Produkte und Dienstleistungen, etwa in der Automobilindustrie von der Herstellung von Spritschleudern zu umweltverträglichen Verkehrsmitteln. Das erfordert kreativitätsförderliche Strukturen in den Unternehmen selbst. Mit rückwärtsgewandten Konzepten von prekärer Beschäftigung, ist das nicht zu erreichen.

Die Arbeit

Zivilisierung der Lohnarbeit: Wo wir schon einmal waren ...

Die Einführung des Acht-Stunden-Tags, der betrieblichen Mitbestimmung, des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit, des Kündigungsschutzes, auskömmlicher Löhne und vieles mehr waren wichtige Schritte auf dem Weg zu einer menschengerechten Gestaltung der Arbeit. Sie wurden von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften in den vergangenen 150 Jahren in harten Auseinandersetzungen mit dem Kapital erkämpft. Politisch wurden diese Erfolge durch den Ausbau der Sozialversicherungen unterstützt. Die Kranken- und Unfallversicherung sowie Rente und Arbeitslosengeld haben den abhängig Beschäftigten Schutz gegeben und ihre Stellung gestärkt: Der Zwang, jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen, wurde durch diese Absicherungen abgeschwächt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die abhängig Beschäftigten an der steigenden Produktivität und dem steigenden Wohlstand durch die kontinuierliche Steigerung ihrer Einkommen teilhaben sollten.



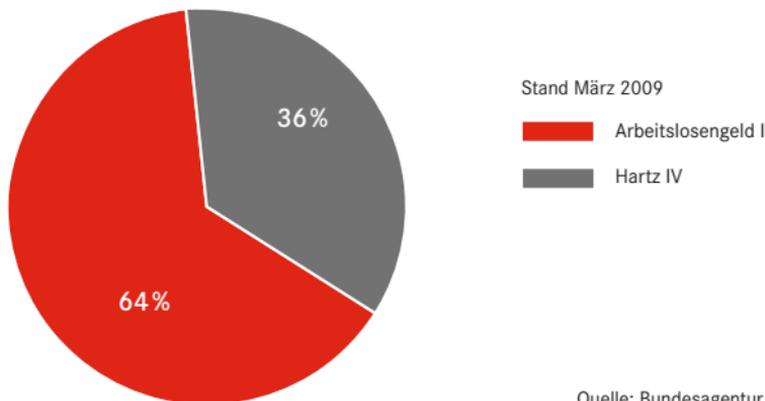
*Michael Gläser, Hoppegarten (Brandenburg):
Ich bin 21 und muss für 1.100 Euro Brutto im
Monat 53 Stunden pro Woche arbeiten. Dazu
brauche ich trotz abgeschlossener Ausbildung
mit Bestnoten drei schlecht bezahlte Jobs oder
wäre lange arbeitslos. Für meine Freizeit bleibt
kaum etwas übrig. Gerecht finde ich das nicht.*

... und wie wir heute arbeiten

Auf breiter Front versuchen die Unternehmen mit Unterstützung von CDU bis SPD die bereits erreichten Standards guter Arbeit wieder abzuschaffen. Der Kündigungsschutz ist aufgeweicht, Leiharbeit und Befristungen untergraben tarifliche Vereinbarungen, die Rente wird gekürzt, die Gesundheitsvorsorge privatisiert. Die Anforderungen der Unternehmen werden zum alleinigen Maßstab für die Entgelt-, Leistungs- und Arbeitsbedingungen erklärt. Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit findet nicht mehr statt. Die Politik hat sich dabei in den letzten Jahren offen auf die Lehre des Neoliberalismus berufen. Die zielt angeblich auf mehr Freiheit für den einzelnen Menschen. Tatsächlich geht es ihr um weniger Rechte für die arbeitenden Menschen und mehr Macht für die Unternehmen. Dazu wird der Sozialstaat, werden Renten, das Gesundheitssystem, Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung Stück für Stück abgebaut und die Rechte der Beschäftigten und Gewerkschaften beschnitten. Steigende Gewinne der Großunternehmen und Banken einerseits und Massenarbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze und Hungerlöhne für Millionen Menschen andererseits sind die gewollten Folgen.

Seit Beginn der Krise wird der Neoliberalismus von allen Seiten für politisch tot erklärt. Doch der notwendige grundlegende Politikwechsel bleibt aus. Unter dem Deckmantel der Krisenbekämpfung setzen Unternehmen und die herrschenden Parteien auf die alten Konzepte. Nachdem die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner an den riesigen Gewinnen der letzten Jahre nicht beteiligt wurden, sollen sie jetzt für die Verluste aufkommen. Massenentlassungen, Lohnverzicht und weitere Angriffe auf die Arbeitsbedingungen sollen die Gewinne der Unternehmen in Zukunft wieder sprudeln lassen.

Arbeitslosigkeit: Millionen ohne Arbeit – Millionen in Hartz IV

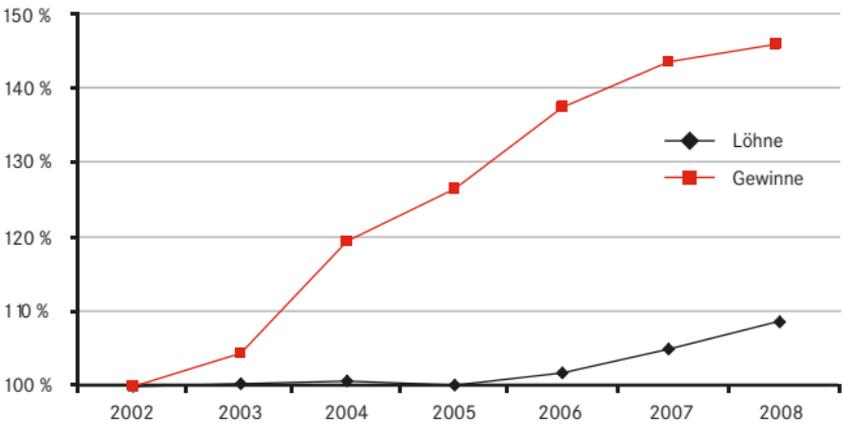


Über 3,5 Millionen Menschen sind bereits vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Weitere hunderttausende Arbeitsplätze stehen in der Krise auf dem Spiel. Die meisten Menschen, denen der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht, landen spätestens nach einem Jahr in Hartz IV. Schon heute werden rund 2,3 Millionen Menschen mit Hartz IV abgespeist. Der Regelsatz ist so niedrig, dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich ist. Statt den Menschen eine neue berufliche Perspektive zu geben und sie bei der Suche nach einer angemessenen Arbeit mit allen Mitteln zu unterstützen, werden sie gezwungen, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen. Hartz IV bedeutet Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Hartz IV setzt auch die regulär Beschäftigten unter Druck, schlechte Arbeit zu akzeptieren. Denn die Angst vor dem Sturz in Hartz IV wirkt disziplinierend und schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften.

Die schwarz-rote Bundesregierung fördert auf diese Weise schlechte Arbeit und subventioniert Hungerlöhne. Mehr als 1,3 Millionen Menschen sind mittlerweile trotz Arbeit auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Diese sogenannten Aufstocker verdienen so wenig, dass sie zusätzlich zu ihrem Einkommen Hartz IV beziehen.

Löhne I: Gewinne hängen Löhne ab

Lohn- und Gewinnentwicklung in Deutschland (2002 = 100 Prozent)

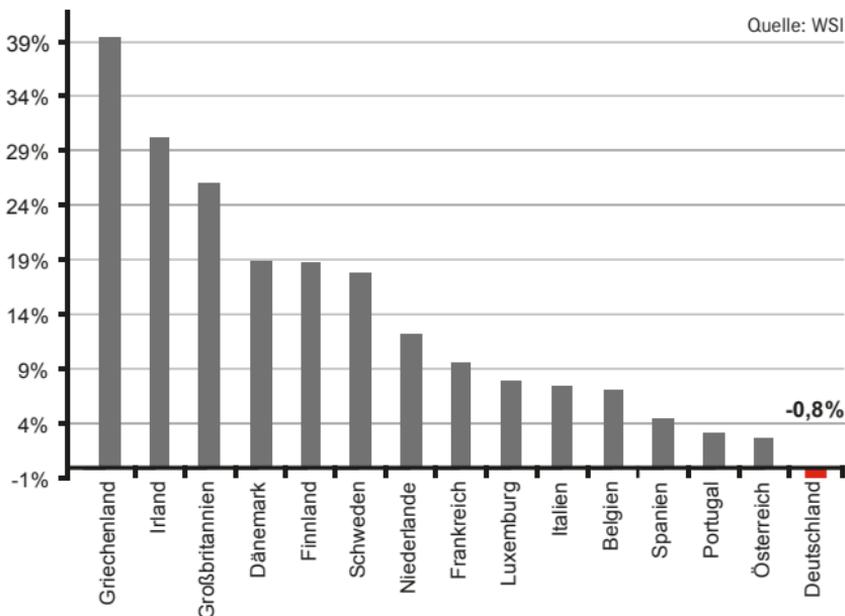


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel propagierten und propagieren immer wieder Lohnzurückhaltung mit dem Motto: Wenn es den Unternehmen gut geht, haben auch die Beschäftigten mehr in der Tasche. Tatsache ist: Während die Unternehmensgewinne Jahr für Jahr steil angewachsen sind, kam bei den Beschäftigten immer weniger an.

Löhne II: Deutschland Schlusslicht in Europa

Reallohnentwicklung 2000–2008



Die Regierenden erklären immer wieder, der globale Wettbewerb der Unternehmen lasse keine Lohnsteigerungen zu. Das ist falsch: In anderen Industrieländern, die auch im globalen Wettbewerb stehen, sind die Löhne in den letzten Jahren deutlich gewachsen.

Deutschland zählt zu den EU- Staaten mit den größten Gehaltsnachteilen für Frauen – nur Estland, Österreich, die Niederlande, Slowakei und Zypern sind noch schlechter. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt bis zu 23 Prozent. Dies wird sogar von der Sozialkommission der EU als »skandalöse Ressourcenverschwendung« bezeichnet. Das erklärt sich auch da-

raus, dass das Bild des männlichen Alleinverdieners und Ernährers immer noch vorherrschend ist. Doch dieses Bild ist schon lange nicht mehr zeitgemäß und schon gar nicht zukunftsorientiert.

Löhne III: Frauen verdienen immer noch weniger als Männer

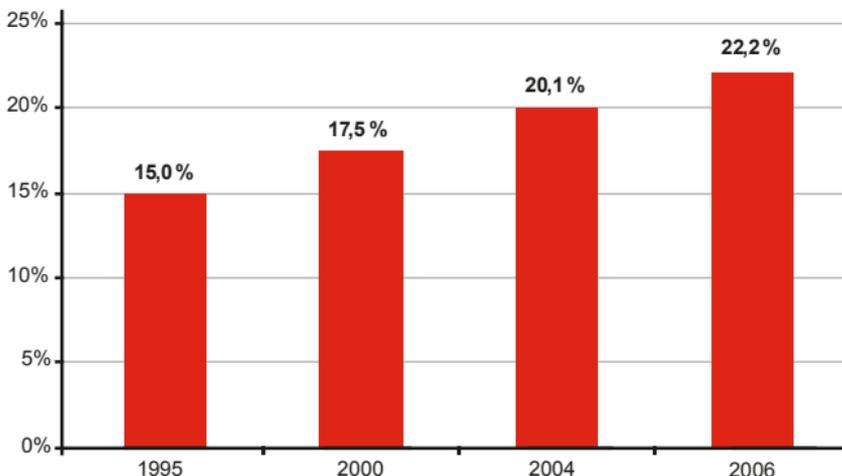
Beruf	Brutto-Monatseinkommen*		Höhe Frauenlohn im Vergleich zum Männerlohn
	Männer	Frauen	
Chemiker/in	4.824 EUR	3.978 EUR	82 %
Elektroingenieur/in	4.507 EUR	4.077 EUR	90 %
IT-Berater/in	4.493 EUR	3.758 EUR	84 %
Wirtschaftswissenschaftler/in, Diplomkauffrau/-mann	4.349 EUR	3.647 EUR	84 %
Versicherungskauffrau/-mann	4.177 EUR	2.855 EUR	68 %
Soziologe/in, Diplomsozialwissenschaftler/in	3.900 EUR	3.344 EUR	86 %
Bankkauffrau/-mann	3.849 EUR	2.893 EUR	75 %
Webdesigner/in	3.228 EUR	2.652 EUR	82 %
Sozialarbeiter, Sozialpädagoge/in	3.176 EUR	2.745 EUR	86 %
Industriekaufrau/-mann	3.155 EUR	2.723 EUR	86 %
Mediengestalter/in	3.107 EUR	2.028 EUR	65 %
Personalsachbearbeiter/in	3.027 EUR	2.815 EUR	93 %
Erzieher	2.650 EUR	2.292 EUR	87 %
Bürokauffrau/-mann	2.639 EUR	2.096 EUR	79 %
Krankenschwester,-pfleger	2.631 EUR	2.230 EUR	85 %
Call Center Agent, Call Center Operator	2.387 EUR	1.853 EUR	78 %
Einzelhandelskauffrau/-mann	2.246 EUR	1.997 EUR	89 %
Kellner/in, Servierer/in	1.817 EUR	1.525 EUR	84 %

*Monatliches Durchschnittseinkommen ohne Zulagen/Zuschläge und Sonderzahlungen, Verdienste auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden umgerechnet. Nicht repräsentative Stichprobe aus der Online-Befragung des WSI-Tarifarchivs, 60.000 Befragte;

Quelle: www.frauenlohnspiegel.de 2006/c Hans-Böckler-Stiftung 2006

Löhne IV: Niedriglohnbeschäftigung steigt

Anteil der Beschäftigten, die zu Niedriglöhnen arbeiten

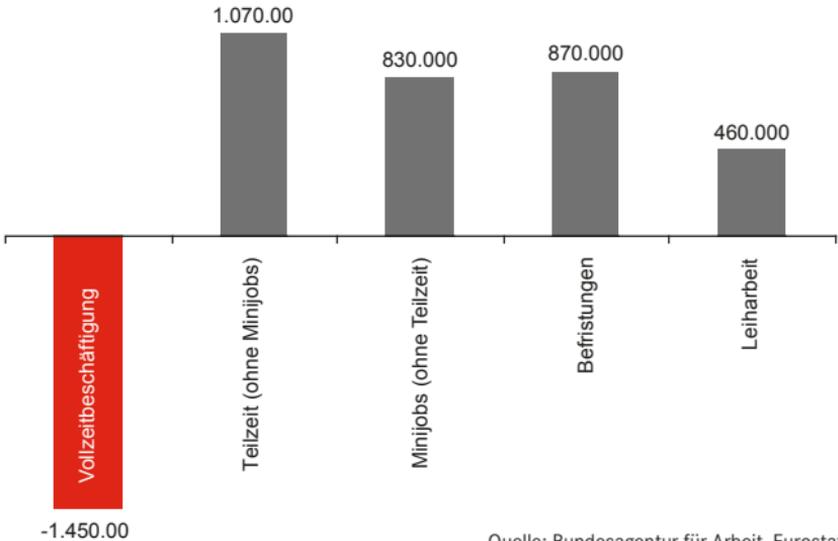


Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation

Die Politik der letzten Jahre hat zu einer deutlichen Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung geführt. Knapp 6,5 Millionen Menschen arbeiten mittlerweile zu Niedriglöhnen. Das ist immerhin fast jeder vierte Beschäftigte. Frauen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen: 70 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen.

Arbeitsplätze I: Nur die Unsicheren nehmen zu

Veränderung der Beschäftigung 2000–2008



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Eurostat

Die CDU/CSU-SPD-Regierung und ihre rot-grüne Vorgängerin preisen die Zunahme der »flexibel« genannten Beschäftigung als Chance für die Arbeitslosen. Leiharbeit, Teilzeit- oder befristete Beschäftigung sollen einen Übergang in ein festes Beschäftigungsverhältnis bieten. Doch das ist nicht so: Während die Zahl der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse zunimmt, nimmt die Zahl der sicheren Arbeitsplätze immer mehr ab. Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung werden mehr und mehr zur Regel.

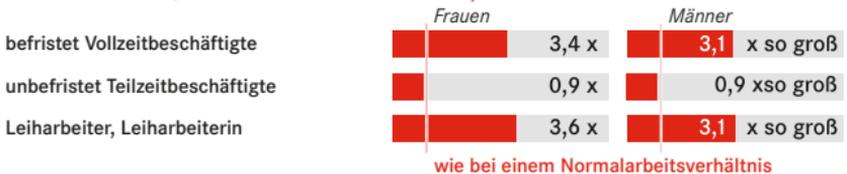
Arbeitsplätze II: Unsichere Beschäftigung – weniger Lohn und schneller arbeitslos

Im Vergleich zu normal Beschäftigten ist das Risiko

► für einen Niedriglohn arbeiten zu müssen, als ...



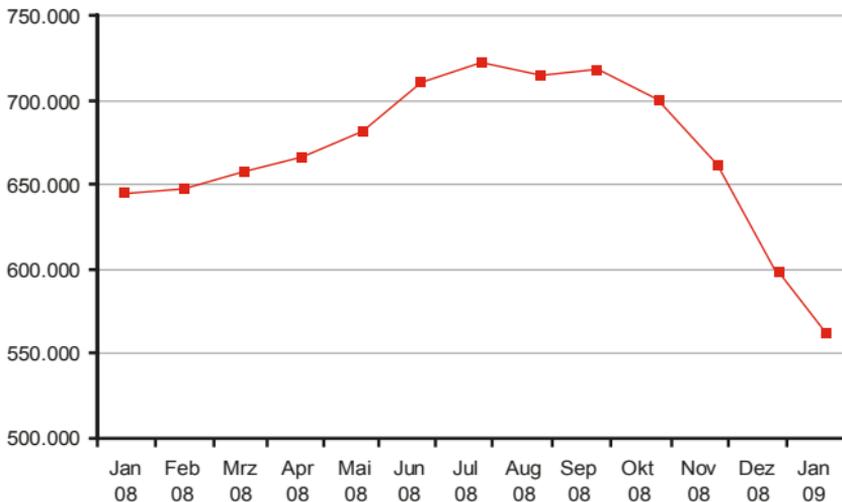
► nach einem Jahr arbeitslos zu werden, als ...



Quelle: Brehmer, Seifert 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Mehr als ein Drittel der ArbeitnehmerInnen steckt mittlerweile in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Sie werden schlechter entlohnt, genießen weniger Arbeitnehmerschutz und haben ein deutlich höheres Risiko arbeitslos zu werden. Besonders betroffen von dieser Situation sind Frauen. Ihr Anteil an den prekär Beschäftigten beträgt 70 Prozent. Eine Folge sind unter anderen niedrige Renten im Alter. Aber auch junge Menschen haben immer weniger Chancen auf eine unbefristete Vollzeitstelle. Fast 40 Prozent der unter 25jährigen haben einen unsicheren Job und stehen somit vor einer ungewissen Zukunft.

Arbeitsplätze III: LeiharbeiterInnen – erste Opfer der Krise



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

In der Krise zeigt sich besonders, wie prekär diese ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse sind. Befristete Beschäftigte und LeiharbeiterInnen sind die Ersten, die entlassen werden. Hunderttausende LeiharbeiterInnen wurden schon auf die Straße gesetzt. Weil sie vorher so wenig verdient haben, bekommen sie jetzt in der Arbeitslosigkeit nur ein sehr geringes Arbeitslosengeld. Vorausgesetzt sie haben überhaupt einen Anspruch darauf. Viele der entlassenen LeiharbeiterInnen fallen gleich in Hartz IV, denn die durchschnittliche Beschäftigungsdauer ist in der Leiharbeit deutlich unter einem Jahr. Mit der Schaffung von Millionen ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen haben sich die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung für die Beschäftigten komplett entledigt. Das unternehmerische Risiko wurde den Beschäftigten und den staatlichen Fürsorgeeinrichtungen aufgebürdet.

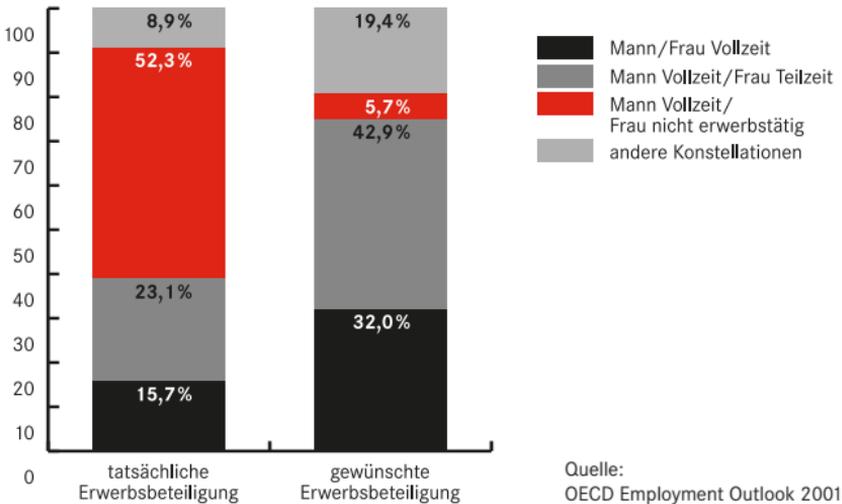
Arbeitsplätze IV: Frauen immer noch benachteiligt

	Anteil der erwerbs- tätigen Frauen	Anteil der erwerbs- tätigen Männer
Niedriglohn	30,5 %	14,2 %
Teilzeit	33,7 %	5,5 %
Befristet	14,5 %	15,1 %
Minijobs (ohne Nebenjobs)	21,3 %	8,9 %
Leiharbeit	1,1 %	2,9 %

Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt vielfach benachteiligt. Ihre Erwerbsbeteiligung ist immer noch geringer als die von Männern, und sie sind durchschnittlich länger arbeitslos. Frauen arbeiten häufiger in schlecht(er) bezahlten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen als Männer. In Führungspositionen sind sie hingegen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Lediglich 29 Prozent der Führungskräfte in Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sind Frauen. In den Vorständen der größten börsennotierten Unternehmen sieht es noch schlechter aus. Nur 11 Prozent der Vorstandsmitglieder sind Frauen, Vorstandsvorsitzende ist keine einzige.

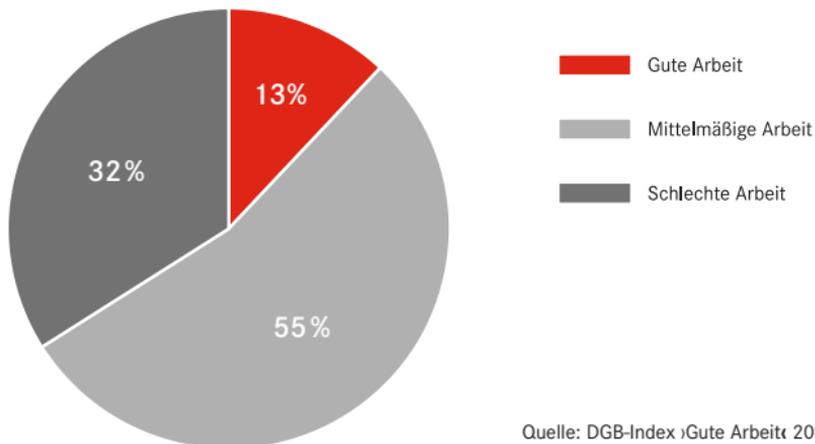
Arbeitsplätze V: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Ausnahme



Der Arbeitsplatz entscheidet darüber, ob sich Familie und Beruf vereinbaren lassen. Das ist von der Politik viel zu lange ignoriert worden. So stoßen Eltern viel zu oft an Grenzen, die Politik und Wirtschaft zu verantworten haben. Für Familien mit Kindern und vor allem für Alleinerziehende ist der Alltag ein schwieriger Balanceakt. Sie sind konfrontiert mit einem Arbeitsleben, in dem trotz ständig abnehmender Arbeitsplatzsicherheit immer höhere Anforderungen gestellt werden. Viele Eltern kapitulieren vor der Familienunfreundlichkeit der Arbeitswelt ganz und verlieren ihren Arbeitsplatz. Da Frauen immer noch den Hauptteil der Erziehungsarbeit leisten, sind sie von den mangelnden Chancen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders betroffen. Vor allem junge Frauen müssen mit dem Risiko leben, dass ihnen nach der Elternzeit entweder der Wiedereinstieg in den Beruf erschwert oder verwehrt wird oder dass sie mit angeblich familienfreundlichen »Mini-Jobs« abgespeist werden.

Arbeitsplätze VI: Qualität häufig schlecht

Nur eine Minderheit der Beschäftigten bewertet ihre Arbeit mit »gut«



Quelle: DGB-Index »Gute Arbeit« 2008

Besonders Beschäftigte in Leiharbeit, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Minijobs und in regulären Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Bezahlung bewerten ihre Arbeitsplätze negativ. Neben den unsicheren Beschäftigungsperspektiven und der niedrigen Bezahlung werden erhebliche gesundheitliche Belastungen, respektloses Verhalten von Vorgesetzten und geringe Aufstiegschancen bemängelt.

Generell verschlechtern sich in den Unternehmen die Arbeits- und Leistungsbedingungen. Psychische Belastungen nehmen zu. Zugleich werden vielerorts Errungenschaften früherer Jahre rückgängig gemacht: Taktzeiten werden verkürzt und monotone sowie schwere körperliche Tätigkeiten nehmen wieder zu. Ältere Beschäftigte erreichen unter solchen Bedingungen immer seltener gesund das Rentenalter.

Fazit I: Schlechte Arbeit bedeutet Lohnraub

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse schaffen keine Arbeitsplätze, sondern verdrängen die reguläre Beschäftigung, begünstigen Lohn- dumping und führen bei den Beschäftigten zu erheblichen Einkommenseinbußen. Auch in Phasen, in denen Unternehmen immer höhere Gewinne machen, werden die Beschäftigten immer ärmer. Die Arbeitsmarktpolitik der Regierungen Schröder und Merkel ist eine Enteignung der Arbeitenden. Von dem, was die Beschäftigten an Werten schaffen, bekommen sie einen immer kleiner werdenden Anteil.

Auch viele Beschäftigte mit guten Arbeitsplätzen fürchten, ihren gesicherten Beschäftigungsstatus über kurz oder lang einzubüßen und sozial abzusteuern. Aus Angst vor Hartz IV und schlechten Arbeitsplätzen akzeptieren Beschäftigte immer häufiger niedrigere Löhne und miese Arbeitsbedingungen. Rechtliche Schutzbestimmungen werden unterlaufen, und die Verhandlungsmacht der Betriebsräte und Gewerkschaften wird geschwächt. Mit verängstigten Beschäftigten ist es schwer, gute Lohnabschlüsse zu erkämpfen. DIE LINKE will, dass die Löhne der Beschäftigten wieder kräftig steigen, dass Frauen und Männer gleich viel bei gleichwertigen Tätigkeiten verdienen und dass schlechte Arbeitsplätze durch gute Arbeitsplätze ersetzt werden.



*Monika Lauterbach, Hamm (NRW):
Ich bin Betriebsrätin bei Schlecker und kämpfe mit und für meine Kolleginnen für eine gerechtere Bezahlung. Für den harten Job im Supermarkt werden Minilöhne gezahlt. Die Personalkosten werden ständig gedrückt und durch Teilzeitjobs klein gehalten. Viele Frauen bekommen knapp 1.000 Euro Brutto im Monat. Viele würden gern länger arbeiten, um für ihre Familien mehr Einkommen zu erzielen.*

Fazit II: Schlechte Arbeit bedeutet weniger Demokratie

Demokratie bedeutet die Freiheit, das eigene Leben und – gemeinsam mit anderen – die Gesellschaft zu gestalten. Diese Selbstbestimmung wird durch die Umwandlung von guten Arbeitsplätzen in schlechte Arbeitsplätze beschnitten. Das ist Abbau von Demokratie. Denn es hat schlimme Folgen, wenn die Menschen nicht genügend Geld für das Nötigste haben und nicht in der Lage sind, ihre Zukunft zu gestalten: Ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Unsichere Beschäftigung zwingt dazu, das Leben den Wechselfällen des Arbeitsmarktes unterzuordnen. Das Leben wird Anhängsel der Arbeit, eine eigenständige, selbstbestimmte Planung ist unmöglich: Auf der Strecke bleiben Familie, Kinder, Freunde, Bildung, Freizeitgestaltung und gesellschaftliches Engagement.

DIE LINKE will die Demokratie stärken. Deshalb tritt sie ein für bessere Gesetze und Regelungen, die den Beschäftigten ermöglichen, ihr Leben zu gestalten und an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben.



Steffen Seifert, Dresden:

Ich bin seit über zwei Jahren arbeitslos und habe hunderte Briefe geschrieben. Bewerbungen, Beschwerden und Abrechnungen von 1,50 Euro-Jobs, die unwürdig sind. Ich will und kann arbeiten, aber zu ordentlich, fairen Bedingungen und nicht für einen Hungerlohn!

Schröder, Merkel und Co. wollen es so ...

Für die stetige Zunahme schlechter Arbeit trägt die Politik in Deutschland und anderen Industrieländern die Verantwortung. Sinkende Profite der Unternehmen haben die Politik seit Ende der siebziger Jahre zu einer »Liberalisierung« des Kapitalverkehrs und der Güter- und Dienstleistungsmärkte bewogen. Damit sollten den Unternehmen neue Investitions- und Anlagemöglichkeiten erschlossen werden. Was als »Abbau von Vorschriften« verkauft wurde bedeutet tatsächlich weniger demokratische Kontrolle über die Wirtschaft. Zuletzt hat die Regierung Schröder unter dem Beifall von CDU/CSU große Kapitalanleger, sogenannte Hedge-Fonds und Private-Equity-Unternehmen, zugelassen und Kapitalgesellschaften von Steuern auf die Verkäufe von Beteiligungen freigestellt. Mit anderen Worten: Die Politik hat den Spekulanten das Casino namens Finanzmarkt gebaut. Und sie hat den Spekulanten das Geld zum Zocken verschafft.

Die Folgen dieser Politik sind als Finanz- und Wirtschaftskrise heute weltweit sichtbar. Millionen Menschen droht Arbeitslosigkeit und Armut. Dennoch wechseln CDU/CSU und SPD ihren Kurs nicht, auch wenn sie öffentlich anderes behaupten: Die Banken erhalten Milliarden ohne jede Gegenleistung, spekulative Geschäfte werden nicht verboten, der Finanzmarkt erhält keine neuen Regeln, Reiche und Konzerne werden nicht stärker besteuert und so weiter.

So nahm und nimmt die Politik in Kauf, dass die großen Kapitalanleger einen erheblichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben. Im Namen der Aktionäre nötigen Banken und Beteiligungsfonds die Unternehmen, ihre Geschäftspolitik einseitig auf hohe Aktienkurse und kurzfristige Gewinne auszurichten.

Auf den Finanzmärkten gelten Gewinnerwartungen von mindestens zwanzig Prozent als normal. Solche Renditeerwartungen überfordern Unternehmen und sind nur kurzfristig erreichbar. Statt der langfristigen Sicherung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit setzen immer mehr Unternehmen daher auf die kurzfristige Steigerung der Profite zugunsten der Anleger. Das Resultat ist ein wachsender Rationalisierungsdruck, dem die Unternehmen durch Ausgliederung von Unternehmensteilen, Flexibilisierung der Beschäftigung, Stilllegung wenig profitabler Bereiche, Arbeitsdruck, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Entlassungen entsprechen.

Das Nachsehen haben die Beschäftigten. Obwohl sie immer mehr leisten, erhalten sie einen immer kleiner werdenden Anteil des gesellschaftlichen Reichtums. Dazu haben sie immer weniger darüber mitzuentcheiden, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Die Beschäftigten werden ungerecht und undemokratisch behandelt.

Allein damit haben sich SozialdemokratInnen, Grüne, ChristdemokratInnen und Liberale aber nicht begnügt. Deshalb haben sie die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze verabschiedet mit dem alleinigen Zweck, die Löhne weiter zu drücken. Beschäftigte wie Arbeitslose sollen gezwungen werden, jede noch so schlecht bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen.

Hartz-Gesetze und Agenda 2010 = Lohndumping und Unsicherheit

- ▶ Die Begrenzung der Verleihdauer von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern wurde abgeschafft. Immer mehr Unternehmen nutzen Leiharbeit statt reguläre Arbeit, weil LeiharbeiterInnen im Betrieb weniger zu sagen haben und weniger verdienen als fest Angestellte.
- ▶ Bei Neueinstellungen wurde die Dauer einer Befristung auf zwei Jahre angehoben. Damit wird der Kündigungsschutz unterlaufen und die Probezeit praktisch auf zwei Jahre verlängert.
- ▶ Die Verdienstgrenze für Minijobs wurde auf 400 Euro angehoben. Damit wurde der Umwandlung regulärer, fester Stellen in Hilfsjobs der Weg geebnet. Die Unternehmer zahlen weniger Sozialbeiträge und Lohn und behalten mehr für sich. Die Beschäftigten mit Minijobs sind ohne ausreichendes Einkommen, ohne Schutz bei Arbeitslosigkeit und erwerben zudem kaum Rentenansprüche.
- ▶ Die Einführung der Ein-Euro-Jobs führte dazu, dass Unternehmen und öffentliche Einrichtungen die 1-Euro-JobberInnen als billige Arbeitskräfte missbrauchen und gleichzeitig gute Arbeitsplätze abbauen.
- ▶ In Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten gibt es keinen Kündigungsschutz mehr. Betroffen davon sind acht Millionen Beschäftigte. Die Menschen leben ständig in der Ungewissheit, ob sie auch morgen noch Arbeit haben. Zusätzlich wurde den Unternehmen gestattet, besonders leistungsfähige Beschäftigte von der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen auszunehmen und so die »Schwachen« auszusortieren.

- ▶ Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I wurde drastisch gekürzt. Jede Arbeit wurde als zumutbar erklärt, auch wenn sie noch so schlecht entlohnt ist und mit der Qualifikation des oder der Arbeitssuchenden gar nichts zu tun hat. Zudem wurde mit dem Arbeitslosengeld II eine soziale Sicherung eingeführt, die diesem Anspruch nicht gerecht wird. Von Hartz IV kann niemand menschenwürdig leben. Finanzielle Notlagen und beruflicher Abstieg sind die Folgen. So wurden die Arbeitslosen erpressbar gemacht und der Ausbreitung von Hungerlöhnen der Weg geebnet.

Einen zusätzlichen Druck auf die Beschäftigten hat die Politik durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen aufgebaut. Große staatliche Unternehmen – Post, Telekom, Energiekonzerne – aber auch kommunale Wohnungsbauunternehmen und Krankenhäuser wurden und werden für den Verkauf an private Investoren durch Entlassungen, Teilschließungen und Lohnsenkungen »attraktiv« gemacht.

Diese Politik schwächt auch die Betriebsräte und die Gewerkschaften. Die SPD betrachtet es nicht mehr als zeitgemäß, Rücksicht auf die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen zu nehmen. Unter Schröder wurden sie öffentlich als »Betonköpfe« denunziert. Heute werden gewerkschaftliche Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit abgebügelt. Ein gesetzlicher Mindestlohn hat kaum Realisierungschancen, weil die SPD die im Bundestag vorhandene politische Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht nutzt. Stattdessen wird durch massive Steuer geschenke an Reiche, Konzerne und Banken eine Beschneidung der staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke erzwungen.

... gegen den Willen der Bevölkerung!

Für diese Zerstörung des Sozialstaates gibt es keine politische Legitimation durch eine Mehrheit der Bevölkerung. Sowohl die Menschen, die heute noch eine sichere Arbeit haben, als auch diejenigen, die arbeitslos sind oder sich mit Billigjobs über Wasser halten müssen, lehnen die so genannten Reformen ab: Rente mit 67, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Hartz IV-Schikanen, Privatisierung der Gesundheitsversorgung, Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit – all das ist Politik gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit.



Rolf Stettner, Hamburg:

Ich habe als Rentner gerade mal das Nötigste zum Leben. Obwohl ich fast 40 Jahre gearbeitet habe, bekomme ich nur eine karge Rente. Das ist beschämend und zwingt mich zum sparsamen Alltag. Wer ordentlich gearbeitet hat, sollte sich auch im Alter keine Sorgen machen müssen.

Die Folgen: Sozialer Abstieg, Fremdenfeindlichkeit, Demokratieverlust

Sinkende Löhne, Massenarbeitslosigkeit und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse untergraben die sozialen Sicherungssysteme. Armut, besonders unter Kindern und älteren Menschen, breitet sich aus. Heute leben 2,6 Millionen Kinder in Deutschland auf Sozialhilfeniveau. Damit hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder seit Ende 2004 mehr als verdoppelt. Von Altersarmut sind vor allem GeringverdienerInnen betroffen. Sie können lediglich eine gesetzliche Rente von 39 Prozent ihres Bruttoverdienstes erwarten. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter den Industrieländern.

Die Angst vor dem sozialen Abstieg durch Billigarbeitsplätze und Arbeitslosigkeit hat schwerwiegende Folgen für die Demokratie: Tiefsitzende Zukunftsängste breiten sich aus. Der gesellschaft-

liche Wandel erscheint als naturgegebener Prozess, der von der Politik nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung gesteuert werden kann. Ein wachsender Teil der Bevölkerung hat die Hoffnung aufgegeben, durch Wahlen und eigene Aktivität die Gesellschaft demokratisch mitgestalten zu können. Angst vor dem Abstieg und die verschärfte Konkurrenz aller gegen alle führen dazu, dass sich fremdenfeindliche Einstellungen breit machen.

Die Alternative: »Gute Arbeit – Gutes Leben«

Arbeit demokratisch gestalten und Reichtum umverteilen

Für ein gutes Leben braucht es »Gute Arbeit«. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor für Männer und für Frauen die Erwerbstätigkeit. Die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit ist deshalb von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Aus diesem Grund tritt DIE LINKE für gesetzliche Regeln ein, die den arbeitenden Menschen wieder mehr Rechte und Sicherheiten in der Arbeitswelt garantieren. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass auch weitergehende Ansprüche der Menschen an die Gestaltung der Arbeit verwirklicht werden können. Es gilt also, der Lohnarbeit neue soziale Eckpfeiler zu geben, nachdem die alten von den Regierungen Schröder und Merkel stark beschädigt und zum Teil ganz zerstört wurden. Diese sozialen Eckpfeiler müssen einem anderen Leitbild folgen, als dem heute noch gültigen. Erst dann können sie eine menschenrechte Arbeit ermöglichen. Statt des Mottos »Jede-Arbeit-ist-besser-als-keine« der Regierungen Schröder und Merkel gilt für DIE LINKE »Arbeit-nach-dem-Maß-des-Menschen«. »Gute Arbeit« heißt, Formen und Inhalte der Arbeit demokratisch zu gestalten. »Gute Arbeit« steht für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: von denen, die Andere für sich arbeiten lassen, hin zu denen, die den Reichtum unter Einsatz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte erwirtschaften.

Die fünf wichtigsten Aspekte guter Arbeit – aus der Sicht der Beschäftigten

1. Festes, verlässliches Einkommen
2. Sicherheit des Arbeitsplatzes
3. Arbeit soll Spaß machen
4. Behandlung »als Mensch« durch Vorgesetzte
5. Unbefristetes Arbeitsverhältnis

Quelle: Umfrage der Initiative Neue Qualität der Arbeit. Fuchs u. a. 2006

Gut ist die Arbeit, wenn sie den Bedürfnissen der Menschen entspricht! – Grundsätze »Guter Arbeit«

- ▶ Arbeit muss sicher sein. Deshalb will DIE LINKE das unbefristete, sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnis stärken.
- ▶ Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen und nach einem gesetzlichen Mindestlohn.
- ▶ Arbeit braucht ein Maß. Kürzere Arbeitszeiten sind die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Arbeit mit Familie und Freunden, für gesellschaftliche Betätigung und Erholung. Deshalb tritt DIE LINKE für eine Verkürzung der Arbeitszeiten ein.
- ▶ Arbeit braucht Mitbestimmung. Die Beteiligung der Beschäftigten an Entscheidungen der Unternehmen ist eine Frage der Demokratie. Deshalb wirbt DIE LINKE für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten in allen wirtschaftlichen Belangen der Unternehmen.
- ▶ Frauen und Männer müssen in der Arbeit gleichgestellt werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Benachteiligung von Frauen zu beenden.
- ▶ Alle Formen von Beschäftigung müssen ausreichend sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert werden. Deshalb will DIE LINKE für Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, Befristung, Solo-Selbständigkeit und andere die für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geltende Sicherung einführen. So können diese Beschäftigten besser geschützt werden.

- ▶ Die Risiken der Arbeit müssen abgesichert werden. Deshalb will DIE LINKE die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung, Pflege) stärken und so gestalten, dass sie Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und anderen Betätigungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung und weitere) unterstützen.

Arbeit schaffen und einen Schutzschirm für Menschen öffnen

Eine unverzichtbare Grundlage für mehr »Gute Arbeit« ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Mit dem Konzept für eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, einem umfangreichen Zukunftsinvestitionsprogramm und dem Entwurf für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik hat DIE LINKE dazu konkrete Vorschläge unterbreitet.

Angesichts des tiefen Absturzes der Weltwirtschaft, der Millionen mit Arbeitslosigkeit und Armut bedroht, ist jetzt die dringendste Aufgabe, die Menschen wirksam vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu schützen. In ihrer »Initiative für ein sozial gerechtes Krisenprogramm« skizziert DIE LINKE Sofortmaßnahmen. Das Ziel ist es, die Beschäftigten zu stärken, Arbeitsplätze und Einkommen nachhaltig zu sichern und dafür zu sorgen, dass nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner die Kosten dieser Krise zahlen, sondern diejenigen, die sie verursacht haben:

▶ Rechte der Belegschaften stärken

Die Beschäftigten müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen am Schutz von Arbeitsplätzen, gerechten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen wirksamer durchzusetzen. Dafür sind die echte paritätische Mitbestimmung einzuführen und Beschäftigte an Unternehmen zu beteiligen. Im Einzelnen beinhaltet dies:

- die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ab einer Größe von 500 Beschäftigten,

- die verbindliche Festschreibung zustimmungspflichtiger Geschäfte im Aktiengesetz (Verlegung von Betrieben und Betriebsteilen, Übernahmen anderer Unternehmen, Verkauf bzw. die Schließung von Betrieben oder Betriebsteilen, Massenentlassungen etc.)
- die Durchführung von Belegschaftsabstimmungen bevor Unternehmensentscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft getroffen werden und
- die Umwandlung von staatlichen Hilfen an Unternehmen in Eigentumsrechte für die Belegschaften.

► **Investition in die Zukunft – Arbeitsplätze in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen erhalten und schaffen**

Für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen soll ein demokratisch kontrollierter Zukunftsfonds eingerichtet werden, der einen Umfang von 100 Milliarden Euro hat. Aufgabe des Fonds ist es, Unternehmen mit Krediten und Beteiligungen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte zu unterstützen. Die Unterstützung aus dem Fond wird an Bedingungen zur Beschäftigungssicherung und sozial-ökologischen Innovation geknüpft.

► **Soziale Dienstleistungslücke schließen – 1 Million neue Stellen im Öffentlichen Dienst schaffen**

Im öffentlichen Dienst sollen in den Bereichen Familienfürsorge, Kinderbetreuung, Altenpflege, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Kultur 1 Million unbefristete und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Ziel ist die Schließung der sozialen Dienstleistungslücke und die Schaffung von guter Arbeit.

► **Krisenfolgen abfedern – Menschen schützen**

Die Menschen müssen umfassend vor den negativen Auswirkungen der Krise geschützt werden, dafür ist:

- der Bezug von Arbeitslosengeld I zu verlängern,
- das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro anzuheben,
- ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde einzuführen, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen,
- das Kurzarbeitergeld auf 80 Prozent vom letzten Lohn zu erhöhen und die Bezugsfrist auf maximal 24 Monate anzuheben,
- die Altersteilzeit weiterhin durch die Bundesagentur für Arbeit zu fördern und
- für 500.000 Menschen sind öffentlich geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.

► **Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen – Millionärsabgabe einführen**

Zur gerechten Verteilung der Lasten der Krise soll eine Millionärsabgabe von 5 Prozent auf die Vermögen, die eine Million Euro übersteigen, erhoben werden. In Zukunft muss wieder mehr Gerechtigkeit im Steuersystem herrschen. Besserverdienende und Vermögende müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Initiative für »Gute Arbeit«

Die Initiative für »Gute Arbeit« umfasst neben den Sofortmaßnahmen zum Schutz vor den Krisenfolgen eine Vielzahl von Elementen. Zusammengenommen fördern sie unbefristete, sozialversicherungspflichtige, mitbestimmte und gut entlohnte Arbeitsverhältnisse. Gelingt dies, dann ist schlechte Arbeit – gering bezahlt und unsicher – Vergangenheit. Fünf Schritte zu »Guter Arbeit«:

1. Mindesteinkommen absichern, Lohndumping verhindern

- Armutslöhne und Lohndumping müssen abgeschafft werden. Deshalb muss ein *gesetzlicher Mindestlohn* von 10 Euro pro

Stunde eingeführt werden. Tariflich vereinbarte Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, werden für die jeweiligen Branchen für allgemein verbindlich erklärt. Dafür ist das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten und das Verfahren zur Erstreckung von Tarifverträgen zu vereinfachen.

- Die *Privatisierung* öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen leistet dem Lohndumping Vorschub. Zum Schutz der Beschäftigten und zur Bewahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen weitere Privatisierungen unterbleiben. Bereits privatisierte Einrichtungen und Unternehmen sind wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.

2. tarifliche, sozial- und arbeitsrechtliche Standards stärken

- Arbeit um jeden Preis muss abgeschafft werden. Erwerbslose dürfen nicht gezwungen werden, jeden Arbeitsplatz zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen. Daher sind die *Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose* wieder einzuführen (keine Pflicht zur Annahme untertariflicher bzw. nicht existenzsichernder Arbeit, Qualifikationsschutz, zumutbare Fahrzeiten und die Gewährleistung der politischen und religiösen Gewissensfreiheit).
- Die so genannten *»atypischen« Beschäftigungsverhältnisse* werden in ihrer gegenwärtigen Form zum Lohndumping, zur Umgehung tariflicher, sozial- und arbeitsrechtlicher Standards und zur Aushebelung des Kündigungsschutzes missbraucht. Das muss aufhören!
 - In der *Leiharbeit* sind die Durchsetzung des Prinzips »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, die Begrenzung der Überlassungsdauer auf sechs Monate und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots nötig. Dann erhalten LeiharbeiterInnen den gleichen Lohn wie ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Unternehmen können die Beschäftigten nicht mehr gegeneinander ausspielen. Mit der Begrenzung der Ausleihfrist wird der Verdrängung regulärer Beschäftigung Einhalt geboten. Das Synchronisationsverbot

- sorgt dafür, dass Verleihunternehmen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht sofort bei Beendigung eines Auftrages entlassen können.
- Für die *Befristung* von Arbeitsverhältnissen müssen die Unternehmen wieder triftige Gründe nachweisen. Deshalb ist im Teilzeit- und Befristungsgesetz die Möglichkeit zu streichen, ohne Sachgrund Arbeitsverhältnisse auf zwei Jahre befristen zu können. Kann das Unternehmen keine Sachgründe geltend machen, erhalten die Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag.
 - Damit einzelne Beschäftigte von ihren Unternehmen nicht in die *Scheinselbständigkeit* gezwungen werden, sind wirksame Kontrollen und Sanktionen sowie die Wiederaufnahme einer gesetzlichen Definition in § 7 SGB IV notwendig. Echte Solo-Selbständige müssen systematisch in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden, um sie vor Verarmung zu schützen.
 - Die staatliche Subventionierung von *geringfügiger Beschäftigung* (Mini-Jobs) muss beendet werden. Deshalb muss jede Stunde Arbeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis voll sozialversicherungspflichtig werden. Damit wird die soziale Sicherung der Betroffenen verbessert, der Abdrängung von Frauen auf Billigarbeitsplätze entgegen gewirkt und die Verdrängung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verhindert.
 - Die *Probearbeit* zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses muss immer in Form eines Probearbeitsverhältnisses mit Vergütungsanspruch erfolgen. Da die Rechtsprechung die unentgeltliche Probearbeit als so genanntes Einfühlungsverhältnis unter Bezug auf die Vertragsfreiheit für rechtmäßig erklärt, bedarf es einer gesetzlichen Korrektur.
 - Zusätzlich ist zu prüfen, inwiefern eine von den Unternehmen zu zahlende *Prämie für atypisch Beschäftigte* ein geeignetes Instrument ist, um höhere Belastungen aufgrund von größerer Flexibilität im Arbeitsleben auszugleichen.

- *Praktikantinnen und Praktikanten* dürfen nicht länger als billige oder kostenlose Arbeitskräfte ausgenutzt werden, mit denen regulär Beschäftigte verdrängt werden. Praktika müssen als Lernverhältnisse gesetzlich geschützt werden. Dazu gehört auch eine angemessene Vergütung.
- Beschäftigte dürfen nicht länger erpressbar sein, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Deshalb muss der *Kündigungsschutz* verbessert werden. Dazu gehören unter anderem die Verkürzung der Wartezeit (die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses, ab der das Kündigungsschutzgesetz gilt) auf drei Monate, die Aufhebung des Schwellenwerts (die Beschäftigtenzahl eines Betriebes, ab der der Kündigungsschutz gilt), ein höherer Kündigungsschutz für Menschen über 55 Jahre und die Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften bei Verdacht auf ungerechtfertigte Kündigung. Erst wenn den Unternehmen auf diese Weise willkürliche Kündigungen verboten werden, können Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften Verbesserungen in den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durchsetzen.
- Zur Stärkung guter Beschäftigungsbedingungen sollen Bund, Länder und Kommunen die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen im Rahmen von *Vergaberichtlinien* an die Einhaltung sozialer Kriterien binden. Die öffentliche Hand vergibt in Deutschland jedes Jahr Aufträge im Wert von etwa 250 Mrd. Euro. Damit hat sie die Möglichkeit, »Gute Arbeit« direkt zu fördern. Neben der Tariftreue zählen zu den sozialen Kriterien unter anderem betriebliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.

3. Teilhabe an Arbeit fördern, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herstellen

- Die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen beendet und die gleiche Teilhabe von Frauen

und Männern gewährleistet werden. Ein wichtiger Schritt dahin ist ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Unternehmen, in welchen Frauen oder Männer bei Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.

- Die Gestaltung der Arbeitszeit muss den Interessen der Beschäftigten gerecht werden. daher muss die Arbeitszeit (für Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse) verkürzt und die Arbeit zwischen Männern und Frauen gleichmäßig verteilt werden. Dazu wird die zulässige regelmäßige *Höchst*arbeitszeit im Arbeitszeitgesetz in einem ersten Schritt auf 40 Stunden pro Woche gesenkt (derzeit sind 48 Stunden erlaubt). So kann die vorhandene Arbeit gerechter verteilt und der Widerspruch aufgelöst werden, dass sich weite Teile der Bevölkerung, die von Arbeitslosigkeit, unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs betroffen sind, eine längere Arbeitszeit wünscht, während sich viele andere, die kürzere Arbeitszeiten haben wollen, mit Arbeitszeitverlängerungen konfrontiert sehen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde auf diese Weise gestärkt.
- In bestimmten Lebenssituationen wie beispielsweise zur Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung muss eine *individuelle Arbeitszeitverkürzung* möglich sein, ohne dass dies gravierende Auswirkungen auf die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit oder im Alter hat. Zudem muss eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung garantiert werden, wenn aus den genannten Gründen die Arbeitszeit verkürzt wurde. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die während der Elternzeit in Teilzeit arbeiten, sollen in ihren Rechten gestärkt werden, damit sie ihr berechtigtes Interesse an der Lage und Verteilung ihrer Arbeitszeit gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzen können.
- Alle jungen Menschen müssen einen Zugang zu guter Ausbildung bekommen. Um ein breites Angebot an qualifizierten, betrieblichen Ausbildungsplätzen sicher zu stellen, muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden. Damit wird die

Erosion der dualen Berufsausbildung gestoppt und der Trend zu prekären Ausbildungsformen mit fehlender betrieblicher Mitbestimmung und Anbindung abgebaut.

4. Arbeit human gestalten

- Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen brauchen wir eine neue *Initiative zur Humanisierung der Arbeit*, die durch geförderte Projekte in den Unternehmen und durch eine verstärkte Arbeitsforschung diesen Trend umkehren hilft. Wie schon die Vorhaben der »Humanisierung der Arbeit« in den siebziger und achtziger Jahren kann eine solche Initiative dann Wirkung erlangen, wenn ausreichende finanzielle Ressourcen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen investiert werden.
- Da »Gute Arbeit« auch ein Schlüssel zu Innovation und sozialer Nachhaltigkeit ist, ist eine praxis- und gestaltungsorientierte *Arbeitsforschung* unverzichtbar. Sie nicht einzuschränken, sondern auszubauen ist ein Gebot der Stunde.
- Im Sinne einer altersgerechten Arbeitsgestaltung muss verstärkt darauf hingewirkt werden, den *Arbeits- und Gesundheitsschutz* zu verbessern. Gesundheitlicher Verschleiß und Beeinträchtigungen müssen vermieden werden. Vor diesem Hintergrund müssen Belastungen im Arbeitsprozess verringert und gesundheitliche Vorsorge ausgebaut und verbessert werden. Ausreichende und verbindliche Qualitätskriterien für den betrieblichen Gesundheitsschutz sind ein geeignetes Instrument zu dessen Verbesserung. Zudem muss betriebliches Gesundheitsmanagement, das Belastungsverringerung und Gesundheitsschutz zum Ziel hat, unter Beteiligung von Betriebs- und Personalräten zur Pflicht werden. Erholzeiten müssen erhöht und beispielsweise durch Arbeitsplatzrotation ein Belastungswechsel herbeigeführt werden. Um junge Menschen bereits beim Einstieg in ihr Erwerbsleben ausreichend zu schützen, muss das Jugendarbeitsschutzgesetz in seinem Geltungsbereich ausgeweitet und seine Ausnahmeregelungen eingegrenzt werden.

- Guter Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein Grundanliegen der Beschäftigten und muss vom Staat wirksam unterstützt und kontrolliert werden. Mit der verpflichtenden Gefährdungsbeurteilung können Arbeits- und Leistungsbedingungen verbessert werden. Allerdings ist die Umsetzung dieses Auftrags in den Unternehmen und Verwaltungen völlig mangelhaft. Daher sind die Ressourcen der staatlichen Arbeitsschutzverwaltungen zu stärken.

5. Kollektive Mitbestimmung ausweiten

- Auch zukünftig wird die Durchsetzung menschengerechter Arbeits- und Beschäftigungsformen wesentlich von der Stärke der Gewerkschaften und der Kampfkraft ihrer Mitglieder abhängen. In der ungleichen Auseinandersetzung zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern müssen die *Rechte von Gewerkschaften und Belegschaften* gestärkt werden. Betriebe sind nicht allein Privatsache des Eigentümers, sondern tragen gesellschaftliche Verantwortung gegenüber den Beschäftigten. Notwendig sind unter anderem:
 - die Erleichterung von *Arbeitskämpfen* durch die Abschaffung des Antistreikparagraphen,
 - die Ausweitung des *Streikrechts* auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen,
 - die Legalisierung des *politischen Streiks*,
 - die Einführung eines *Verbandsklagerechts* für Gewerkschaften bei Verletzung tariflicher Vereinbarungen und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,
 - ein *Vetorecht* für Betriebsräte bei Unternehmensübernahmen und -fusionen sowie bei Einsatz atypischer Beschäftigung,
 - die Einführung der *paritätischen Mitbestimmung* in allen privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ab einer Größe von 500 Beschäftigten,
 - die verbindliche *Festschreibung zustimmungspflichtiger Geschäfte* im Aktiengesetz sowie die Durchführung von *Belegschaftsabstimmungen* vor Unternehmensentscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaften.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktion: Werner Dreibus, MdB
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer
Telefon: 030 227-51170 · Telefax: 030 227-56128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
Redaktionsschluss: 13. Mai 2009

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen
finden sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de